

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 21. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. März 2006, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i.V. von Jürgen Feddersen
Karsten Jasper (CDU)	
Thomas Stritzl (CDU)	
Anette Langner (SPD)	
Detlef Buder (SPD)	i.V. von Regina Poersch
Thomas Hölck (SPD)	
Bernd Schröder (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	
Wolfgang Kubicki (FDP)	i.V. von Dr. Heiner Garg
Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationen durch einen Vertreter der VBG Verwaltungs-Berufsgenossenschaft über die Verkehrssicherheitsaktion „Licht an! Light on! - Tagfahrlicht - Früher sehen und gesehen werden!“ in Schleswig-Holstein	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ingenieurgesetzes	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/337	
3. Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/579	
4. Bericht zum Sachstand Husumer Hafen	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/580	
5. Anhörung zu einer festen Fehmarnbelt-Querung	10
hier: Verfahrensfragen Umdruck 16/610	
6. Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/581	
7. Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag	12
Umdruck 16/481	

8. a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein **13**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

9. Verschiedenes **14**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationen durch einen Vertreter der VBG Verwaltungs-Berufsgenossenschaft über die Verkehrssicherheitsaktion „Licht an! Light on! - Tagfahrlicht - Früher sehen und gesehen werden!“ in Schleswig-Holstein

Herr Jessen, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der VGB Verwaltungs- Berufsgenossenschaft, berichtet im Rahmen einer detaillierten Präsentation über die Aktion „Licht an! Light on!“ sowie „Drogen: nein! Drugs: no!“ in Schleswig-Holstein. Begleitende Materialien werden den Ausschussmitgliedern ausgehändigt.

Herr Jessen erklärt, Tagfahrlicht verhindere Unfälle. Dies habe die Erfahrung aus Schweden gelehrt. Im Verlauf der B 404 zwischen der A 24 und der A 1 habe es auf 19,6 km pro Monat 2,33 schwere Unfälle mit teilweise tödlichem Ausgang gegeben. Nachdem entlang dieses Streckenabschnitts in kurzen Abständen jeweils große Plakate der Initiative aufgestellt worden seien, seien die Unfallzahlen signifikant zurückgegangen. Grundsätzlich sei das Unfallrisiko auf Landstraßen am höchsten. Neben dem Bundesverkehrsminister habe nunmehr auch der ADAC Unterstützung für diese Aktion signalisiert. Der positive Effekt des Fahrens mit Tagfahrlicht liege in der Tatsache begründet, dass ein Lichtimpuls das Auge des Fahrers eines entgegenkommenden Fahrzeuges ohne jeglichen Zeitverzug erreiche. Somit werde das Risiko von Überholunfällen minimiert, die darauf zurückzuführen seien, dass sich entgegenkommende Fahrzeuge zu spät wahrnehmen. Bei Sonnenlicht sei die Gefahr einer verspäteten Wahrnehmung noch erhöht, da die Pupille sich verenge und aus dem Schatten entgegenkommende Fahrzeuge noch schwerer wahrzunehmen seien.

Da die Aktion „Licht an! Light on!“ mit dem Symbol der Eule auf den Plakaten so erfolgreich sei, habe man eine neue Aktion „Drogen: nein! Drugs: no!“ entwickelt, denn das Problem der Drogen im Straßenverkehr sei noch gravierender als das Alkoholproblem. Schleswig-Holstein habe somit in Sachen Verkehrssicherheit bundesweit Modellcharakter.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Jessen, in der Landeshauptstadt gebe es ebenfalls gefährliche Streckenabschnitte, entlang derer Plakate aufgestellt worden seien. Die Resonanz sei durchgehend positiv.

In Antwort auf eine Frage von Abg. Callsen bezüglich der bestehenden Skepsis von Motorradfahrern bemerkt Herr Jessen, auch Motorradfahrer profitierten - ebenso wie Fußgänger - davon, andere Fahrzeuge schneller wahrnehmen zu können. In Zukunft werde es an Fahrzeugen Tagfahrlichtleuchten geben, deren Stromverbrauch erheblich geringer sei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ingenieurgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/337

(überwiesen am 9. November 2005)

hierzu: Umdrucke 16/459, 16/483, 16/507, 16/561

Herr Hamm erläutert aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums kurz den aktuellen Sachstand. Der Gesetzentwurf regelt vorrangig den Schutz der Bezeichnung Ingenieur/Ingenieurin. Im Zuge zunehmender Internationalisierung habe man die notwendige Umsetzung einer EU-Richtlinie vorgenommen.

In Antwort auf eine Frage von Abg. Hölck erklärt Herr Hamm, der von der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein mit Schreiben vom 27. September 2005, Umdruck 16/483, vorgebrachte Vorbehalt sei im Gesetzentwurf durch die Streichung des entsprechenden Passuses berücksichtigt worden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Ingenieurgesetzes, Drucksache 16/337, unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/579

(überwiesen am 24. Februar 2006 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung betr. Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/579, ohne weitere Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht zum Sachstand Husumer Hafen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/580

(überwiesen am 22. Februar 2006 zur abschließenden Beratung)

In Antwort auf eine Frage von Abg. Müller erklärt AL Dr. Zeichner, die Position der Landesregierung in dieser Frage sei unverändert. - Herr Ruppel ergänzt, die Planungen des beauftragten Ingenieurbüros lägen noch nicht vor. Einen Termin für die Vorlage der Planungsergebnisse habe die Stadt Husum noch nicht nennen können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zum Sachstand Husumer Hafen, Drucksache 16/580, sodann abschließend zur Kenntnis. Die Landesregierung wird gebeten, dem Ausschuss zeitnah über aktuelle Entwicklungen zu berichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Anhörung zu einer festen Fehmarnbelt-Querung

hier: Verfahrensfragen

Umdruck 16/610

Der Vorsitzende bittet die Fraktionssprecher, für die für den Herbst geplante Anhörung zeitnah Fachleute zu benennen.

Während Abg. Schröder dafür plädiert, die Durchführung einer Anhörung bis zum Erhalt von Aussagen zu möglichen Finanzierungsmodellen zurückzustellen, spricht sich Abg. Müller angesichts der Bedeutung des Projekts dafür aus, im Rahmen einer Anhörung die verschiedenen Planungsvarianten zu diskutieren.

Abg. Stritzl unterstützt die Haltung von Abg. Schröder auch vor dem Hintergrund der auf EU-Ebene noch offenen Fragen.

Der Vorsitzende betont, es sei Aufgabe des Parlaments, sich mit einer derart großen Maßnahme im Vorwege zu beschäftigen.

Eine Anregung von Abg. Callsen aufgreifend, bittet der Ausschuss sodann das Ministerium, zunächst einen schriftlichen Bericht über Finanzierungsmöglichkeiten vorzulegen. Der Ausschuss will anschließend über eine mögliche Anhörung zu diesem Thema entscheiden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/581

(überwiesen am 24. Februar 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

AL Dr. Sauer erläutert die im Bericht der Landesregierung auf Seite 8 angegebenen Zahlen zum physikalischen Stromverbrauch in Schleswig-Holstein und verweist in diesem Zusammenhang auf eine aktuell geplante Diplomarbeit an der Fachhochschule Kiel. Sobald die Ergebnisse dieser Arbeit vorlägen, würden diese dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Auf die Frage von Abg. Stritzl nach den Auswirkungen des geplanten Ausstiegs aus der Atomenergie für Schleswig-Holstein antwortet AL Dr. Sauer, das Atomgesetz regule die Restlaufzeiten der einzelnen Atomkraftwerke. Grundsätzlich seien keine Stromengpässe zu erwarten.

Der Ausschuss beschließt einstimmig - unter Vorbehalt des Beschlusses des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses -, dem Landtag zu empfehlen, den Bericht der Landesregierung über die Zukunftsfähige Energiepolitik in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/581, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag

Umdrucke 16/481 und 16/642

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag, Umdruck 16/481, sowie die dazu vorliegenden Stellungnahmen der Fraktionen, Umdruck 16/642, zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/416

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

b) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/537

(überwiesen am 27. Januar 2006 an den **Sozialausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung über den Kinder- und Jugend-Aktionsplan Schleswig-Holstein, Drucksache 16/416, abschließend zur Kenntnis.

Der Ausschuss fasst - bei Enthaltung von Abg. Müller - auf Vorschlag von Abg. Kubicki folgenden Beschluss: Angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung erklärt hat, sie beabsichtige nicht, die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen einzuschränken, sieht der Wirtschaftsausschuss keine Notwendigkeit, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - § 47 f Gemeindeordnung -, Drucksache 16/537, weiter zu beraten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Anmerkung von Abg. Stritzl betreffs der bedingt durch die Abwesenheit eines Regierungsvertreters fehlenden Möglichkeit der Ausschussmitglieder, aktuelle Informationen zu erhalten, erklärt sich der Vorsitzende bereit, Kontakt mit dem Wirtschaftsminister aufzunehmen, ihn auf die langfristige Terminplanung des Wirtschaftsausschusses aufmerksam zu machen und darum zu bitten, dass in den künftigen Sitzungen des Wirtschaftsausschusses eine Vertretung der politischen Spitze des MWV sichergestellt sei.

Einem Vorschlag des Abg. Schröder folgend, kommen die Ausschussmitglieder überein, im Mai eine mündliche Anhörung zum BID-Gesetzentwurf und zum PACT-Gesetzentwurf durchzuführen. Die Sprecher der Fraktionen werden gebeten, sich auf Anzuhörende zu verständigen und diese der Geschäftsführung des Ausschusses bis zum 20. März 2006 zuzuleiten.

Der Ausschuss beabsichtigt, am 15./16. Juni 2006 eine zweitägige Sitzung in Hamburg durchzuführen. Am Nachmittag des 15. Juni soll eine gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft stattfinden. Über die für den 16. Juni 2006 vormittags geplanten Gespräche - gegebenenfalls mit der Bahn zum Thema Logistikleistungen für den Hamburger Hafen und Durchfahrt der NOB und der AKN zum Hamburger Hauptbahnhof sowie mit HPA und WSD zum Thema Elbvertiefung - soll zunächst eine interfraktionelle Verständigung erzielt werden.

In seiner nächsten Sitzung will der Ausschuss darüber entscheiden, ob eine Delegation beziehungsweise der Ausschuss insgesamt am Maritimen Cluster-Abend am Rande der InWater-Tech in Hamburg am 27. September 2006, abends, teilnehmen wird.

Der Vorsitzende teilt mit, der Finanzausschuss beabsichtige, den Einzelplan 06 gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss in der Sitzung am 4. Oktober 2006, 10 Uhr, zu beraten.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Protokollführerin